

Offenburger Tageblatt

Nummer 146 | seit 1812 | E 5465

MITTWOCH, 28. JUNI 2023

2,60 EUR

REGION

Zahl der Geburten im Land sinkt

Stuttgart (dpa/lsw). Frauen im Südwesten haben im vergangenen Jahr weniger Kinder bekommen als noch 2021. Damit setzt sich der Trend steigender Geburtenzahlen nicht fort, wie das Statistische Landesamt am Dienstag in Stuttgart mitteilte. In Baden-Württemberg seien 2022 rund 104.500 Kinder lebend geboren worden, 9000 weniger als im Jahr zuvor. Nach Ansicht der Fachleute liegt dies vor allem an der gesunkenen Kinderzahl pro Frau. Während die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2021 im Südwesten noch bei 1,63 lag, seien es 2022 noch 1,50 gewesen. Pforzheim hatte 2022 mit 1,80 die höchste Rate.



Viele ältere Menschen fühlen sich abgehängt

Rewe stellt zum Juli das gedruckte Angebotsprospekt ein. Für viele ältere Menschen, die kein Smartphone und keinen Internetzugang haben, ist das aber ein echtes Ärgernis und nur eines von vielen. Eine Haslacherin beklagt Altersdiskriminierung – und ist damit nicht alleine.

ORTENAU

Foto: Picture Alliance/dpa/Uwe Anspach

ERMITTLUNG

Razzia bei Woelki

Köln (dpa). Die Staatsanwaltschaft Köln hat bei ihren Ermittlungen gegen Kardinal Rainer Maria Woelki mehrere Räumlichkeiten unter anderem im Erzbistum durchsuchen lassen. Die Aktion lief an sechs Orten. Ziel der Durchsuchungen war unter anderem die Sicherstellung von Dokumenten, die im Zusammenhang mit Äußerungen Woelkis stehen, in denen er laut Vorwürfen nicht die Wahrheit gesagt haben soll.

REGION: weiterer Bericht

DIESELAFFÄRE

Stadler verurteilt

München (red). Fast acht Jahre nach Auffliegen des VW-Dieselskandals sind die ersten strafrechtlichen Urteile gefällt worden: Ex-Audifinanzchef Rupert Stadler wurde im Gegenzug für sein Geständnis zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 1,1 Millionen Euro verurteilt. Als Betrüger verurteilt kann er das Gericht als freier Mann verlassen.

MEINUNG: Leitartikel
POLITIK: weiterer Bericht

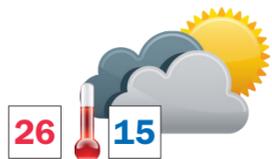
ANSCHLAG

Lebenslang in Haft?

Ulm (dpa). Für den blutigen Messerangriff auf zwei Schülerinnen in Illerkirchberg (Alb-Donau-Kreis) haben Staatsanwaltschaft, Nebenklage und Verteidigung eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes und versuchten Mordes mit gefährlicher Körperverletzung gefordert. Staatsanwaltschaft und Nebenklagevertreter beantragten außerdem die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld.

REGION: weiterer Bericht

WETTER



ORTENAU

„Klinik-Campus“ nimmt Form an

Offenburg (jtz). Der Gemeinderat hat am Montagabend Details im Bebauungsplan für den neuen Offenburger Klinik-Campus geklärt. In der Fraktionsrunde gab es Einwände zur Anzahl der Bäume und zur Fassadenbegrünung. Aufgenommen wurden außerdem Änderungswünsche der Ortschaftsräte Bühl und Bohlsbach. Der Spatenstich ist für 2025 geplant, die Inbetriebnahme könnte 2030 sein.

Vogtsbauernhof bleibt attraktiv

Gutach/Offenburg (hei). Das Freilichtmuseum Vogtsbauernhof hat im vergangenen Jahr wieder etwa 80 Prozent an Besuchern und Führungen des Vor-Krisen-Jahres 2019 erreicht. Und für das laufende Jahr sieht es wohl noch besser aus. Das Ortenauhaus und die neue Winzerstube, die beide am 2. Juli eingeweiht werden, sollen die Besucherzahlen in Gutach noch weiter nach oben treiben.

KONTAKT

Leserservice
Telefon: 07 81/504-55 55



Merz' Attacke irritiert

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann reagiert mit Unverständnis auf die Ankündigung des CDU-Bundesvorsitzenden, die Grünen als Hauptgegner zu betrachten.

VON KAI HOLOCH

Stuttgart. Wenn die CDU das so wolle, solle sie es machen. „Ich jedenfalls mache es nicht.“ Mit Unverständnis hat der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Dienstag auf Nachfragen in der Landespressekonferenz in Stuttgart auf die Ankündigung von Friedrich Merz reagiert. Der CDU-Bundesvorsitzende hatte die Schuld am Wahlsieg der AfD bei den Landratswahlen im thüringischen Sonneberg am vergangenen Wochenende den Grünen gegeben und erklärt, die Grünen seien jetzt auf „absehbarer Zeit die Hauptgegner in der Bundesregierung“.

„Aus der Zeit gefallen“

„Wenn die CDU uns zum Hauptgegner erklärt, ist das zwar ihr gutes Recht“, erklärte Kretschmann. „Ich persönlich allerdings halte das Konzept, gegen einen Hauptgegner Wahlkampf zu machen, für aus der Zeit gefallen.“ Selbst bei relativ langen Reden auf Parteitag

habe er, Kretschmann, sich nie ausführlich mit politischen Konkurrenten beschäftigt, sondern stets seine eigenen Ideen in den Vordergrund gestellt: „Denn die Menschen wollen doch wissen, was wir machen wollen.“

Aus Kretschmanns Sicht ist die Wortwahl von Merz zudem höchst fragwürdig: „Wer ist denn der Hauptgegner? Die Hauptgegner sind doch Unwissenheit, Borniertheit, Unkenntnis der Verhältnisse, Voreingenommenheit, Vorurteile und was sonst noch so alles rumgeistert in unserer Welt. Das sind unsere Hauptfeinde und nicht politische Konkurrenten, mit denen wir im Wettbewerb stehen“, redete sich Kretschmann in Rage. Der Ministerpräsident legte nach. Es gebe da den sehr wahren Satz: Wir überschätzen die Informiertheit der Bevölkerung, aber wir unterschätzen ihr Beurteilungsvermögen. Kretschmann: „Man muss den Leuten also bitte nicht dauernd sagen, was sie über die CDU denken sollen. Man muss aufklären, was man selber will, was die Ziele sind und wie man sie umsetzt.“

„Ich persönlich halte das Konzept, gegen einen Hauptgegner Wahlkampf zu machen, für aus der Zeit gefallen.“

Winfried Kretschmann
baden-württembergischer
Ministerpräsident



Foto: dpa

70 Prozent Förderung

Nach viel Streit soll nun das Heizungsgesetz stehen.

Berlin (AFP/red). Die Ampelkoalition will den Umstieg auf klimaschonende Heizungen stärker finanziell fördern als bislang geplant. In bestimmten Fällen übernimmt der Staat bis zu 70 Prozent der Investitionskosten, um besondere Bedürfnislagen und Härtefälle zu berücksichtigen“, erklärte SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. Ganz besonders sollen auch jene von der Förderung profitieren, die nun sehr schnell umrüsten.

In der Nacht zum Dienstag hatten sich die Ampelfraktionen nach eigenen Angaben auf die letzten offenen Details verständigt. Angestrebt wird, das neue Gesetz kommende Woche im

Bundestag zu beschließen. Für die staatliche Förderung soll ein Stufenmodell gelten, heißt es. Eine Sockelförderung von 30 Prozent für den Heizungsumbau soll jeder bekommen – unabhängig vom Einkommen. Bei Menschen mit einem zu versteuern Einkommen von unter 40.000 Euro im Jahr sollen als Sozialkomponente weitere 30 Prozent dazu kommen.

Ein neues Element ist der Klimageschwindigkeitsbonus: Der Staat übernimmt weitere 20 Prozent der Kosten, wenn der Umbau bis 2028 erfolgt. Danach reduziert sich dieser Bonus um drei Prozentpunkte jährlich. Der Bonus soll nicht an eine Einkom-

menngrenze gebunden sein. Der Deckel für die maximale Gesamtförderung mit allen Komponenten soll bei 70 Prozent liegen.

Die Koalitionsfraktionen legten auch die neue Modernisierungsumlage fest. Demnach können Vermieter pro Jahr bis zu zehn Prozent der Kosten für den Austausch der Heizung auf Mieter umlegen – der Förderzuschuss muss von der umlegbaren Summe aber abgezogen werden. Die Umlage fällt demnach höher aus als bei der bisher existierenden Umlage von acht Prozent.

MEINUNG: Kommentar
POLITIK: weiterer Bericht

Anzeige

Große Auswahl im FlagShip-Store Oberkirch

E-BIKES, FAHRRÄDER, GRAVELBIKES & RENNRAEDER

DIREKT VOM HERSTELLER

MYVELO.DE DT SWISS MYVELO